

Es gilt das gesprochene Wort!

Vortrag an der Katholischen Akademie, Würzburg, am 18.05.2009

**„Geld und Politik.
Die Folgen der Weltfinanzkrise für Deutschland**

Vielen Dank für ihre Einladung,

zu diesem brisanten und aktuellen Thema vortragen zu dürfen.

Wir alle sind über das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise sehr beunruhigt. Die Ankündigung von schlechten Nachrichten durch die Bundeskanzlerin kann keinen Menschen beruhigen.

Steigende Arbeitslosigkeit, weg gebrochene Aufträge sind Realität.

Kurzarbeit ist sicher besser als Arbeitslosigkeit, aber was kommt danach? Viele Menschen müssen sich bereits mit wachsenden Ängsten auseinandersetzen.

Ist mein Arbeitsplatz noch sicher?

Hat das Unternehmen, in dem ich arbeite, noch Zukunftsperspektiven?

Ausmaß der Finanzkrise:

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat in seinem aktuellen Bericht die möglichen Verluste der weltweiten Finanzwirtschaft durch faule Wertpapiere auf die gewaltige Zahl von mehr als vier Billionen Dollar beziffert. (nach HB 21.04.09)

Zwei Drittel der erwarteten Abschreibungen entfielen dabei auf Banken, der Rest auf Versicherer und Pensionsfonds. Die Schätzungen umfassen lt. IWF Vermögenswerte aus den USA, Europa und Japan. Aus Europa stammende Ramschpapiere und Darlehen könnten Abschreibungen in Höhe von 1,2 Billionen Dollar nach sich ziehen. Etwa ein Drittel, der auf rd. 4 Billionen Dollar geschätzten Verluste, ist bereits abgeschrieben, der Rest steht noch aus. (lt. HB 21.04.09) Aus einer internen Aufstellung der Finanzaufsicht (BaFin) geht hervor, dass die deutschen Banken risikobehaftete Kredite und Wertpapiere in der gigantischen Summe von 816 Mrd. Euro besitzen (SZ 24.04.2009).

- Allein in der Commerzbank sind nach der Bafin-Aufstellung, Wertpapiere und Kredite im Wert von 101 Milliarden Euro von der Finanzkrise betroffen.
- Am stärksten betroffen ist die Hypo Real Estate (HRE), die 268 Mrd. Euro an Problemanlagen hält. Hinzu kommen fast alle Landesbanken mit großen Paketen an riskanten Papieren.

Bundesfinanzminister Steinbrück reagierte auf die überraschende Veröffentlichung der Aufstellung der BaFin mit der Feststellung, dass sie keine Rückschlüsse auf die Lage der Banken zulasse. Niemand kann heute sagen, welche tatsächlichen Verluste aus den riskanten Wertpapieren und Krediten eines Tages von wem auch immer zu tragen sind. Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Gründung von Bad Banks soll den Banken ermöglichen risikobehaftete Wertpapiere aus ihren Bilanzen auszulagern, um die Bilanzen

der jeweiligen Good Bank zu entlasten und für das Neugeschäft attraktiv zu machen.

Die Bundesbank schätzt, dass von den genannten mehr als 800 Mrd. Euro risikobehafteten Aktiva der Banken ungefähr 230 Milliarden Euro auf sog. Toxische Wertpapiere entfallen. Davon sind inzwischen ungefähr 30 bis 40 Mrd. Euro im Rahmen der Bilanzen durch die Banken selbst „eingezäunt“. Im Rahmen des jetzt vorgestellten Bad Banks Modells geht es um strukturierte Wertpapiere in einer Größenordnung von 180 Mrd. Euro.

(lt Steinbrück in der Fragestunde am 13.05.09)

In den nächsten Wochen werden wir im Parlament den vorgeschlagenen Weg ausführlich beraten. Er birgt für die Volkswirtschaft und damit für die Steuerzahler hohe Risiken, weil es darum geht den Finanzmarkt in der Konjunkturkrise wieder zu aktivieren, und gleichzeitig die bilanziell eingetretenen riesigen Verluste verantwortlich aufzufangen. Der Staat übernimmt Ausfallgarantien, die einzelnen Banken bleiben aber in der Haftung für ihre Bad Bank.

Ziel ist, die Verluste nicht zu sozialisieren, aber zugleich sollen die Banken wieder in die Lage versetzt werden, neue Kredit zu vergeben um auch untereinander wieder vertrauensvoll zusammenarbeiten zu können.

Die Aufgabe scheint schwer lösbar zu sein, und heute kann noch niemand sagen, ob das von der Politik den Banken angebotene Bad Bank Modell auch angenommen wird. Es enthält erhebliche Auflagen für mögliche Nutzer!

Vermögensverluste

Nach Berechnungen der Bundesbank schrumpfte das Finanzvermögen pro Haushalt im Schnitt im vergangenen Jahr um rd. 3,5 Prozent oder 4.000 Euro auf 111.000 Euro. Unter dem Strich hat die Finanzkrise die Privathaushalte insgesamt rd. 140 Milliarden Euro gekostet. Bezogen allein auf Aktienanlagen belief sich das Minus aufgrund des Kurseinbruchs an der Börse auf 260 Milliarden Euro. Gleichzeitig wurden aber 120 Milliarden Euro neu in Spareinlagen und Lebensversicherungen angelegt. Bei uns ist die Sparquote im Verlauf der Krise kräftig gestiegen und nicht gefallen. Das Finanzvermögen schrumpfte um gut 3 Prozent auf 4.400 Mrd. Euro. Damit trifft die Krise die Vermögensbesitzer stärker als in Folge der letzten Talfahrt nach dem Platzen der Internetblase 2002.

(vgl. Tagesspiegel 12.05.2009) Damals schrumpfte das Finanzvermögen um knapp 1 Prozent.

Konjunkturunbruch

2009 ist die Weltfinanzkrise auf die Realwirtschaft durchgeschlagen. Die Bundesregierung hat für 2009 einen Wachstumseinbruch von 6 Prozent festgestellt, nach dem sie noch im Januar lediglich von einer Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts um 2,25 Prozent ausgegangen war. Die gesamte Exportwirtschaft hat Auftragseinbrüche in bisher unbekanntem Ausmaß erlitten. Niemand weis heute sicher an-

zugeben ob, wann und wie stark der nächste Aufschwung nach diesem tiefen Absturz ausfallen wird.

Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute kam im April zu der Prognose, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 sich um 6 Prozent verringert und 2010 nochmals um 0,5 Prozent sinkt. In Folge dessen wird von den Wirtschaftsforschern im Jahresverlauf ein Verlust von mehr als 1 Mio. Arbeitsplätzen erwartet. Die Arbeitslosigkeit wird im Herbst 2009 die Marke von 4 Mio. überschreiten. Ende 2010 ist nach der Prognose mit knapp unter 5 Mill. Arbeitslosen zu rechnen. (vgl. Gemeinschaftsdiagnose S. 7/8)

Bisher ermöglicht die Zahlung von Kurzarbeitergeld für einen Zeitraum von 18 Monaten, demnächst bis 24 Monaten das kurzfristige Anschwellen der Zahl der arbeitslosen gemeldeten Personen. Seit Oktober vergangenen Jahres stieg die Zahl der angemeldeten Kurzarbeiter von praktisch Null auf 2,6 Millionen Menschen an. (HB 11.05.09)

In Folge des Konjunkturerinbruchs werden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen einbrechen, und es werden die Sozialversicherungssysteme (wie die Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) große Finanzierungsprobleme bekommen.

Staatsverschuldung

Für den Zeitraum bis 2013 rechnet das Bundesministerium der Finanzen mit Steuerausfällen von 316 Mrd. Euro. Die Nettokreditaufnahme

allein des Bundes wird von Steinbrück auf 80 Mrd. Euro für 2009 veranschlagt. Dabei hatte er noch vor noch nicht allzu langer Zeit für 2011 eine Nettokreditaufnahme von Null angestrebt. Der Konjunktursturz hat das Hauptziel der großen Koalition über den Haufen geworfen, den Bundeshaushalt zu konsolidieren.

Jetzt türmen sich ungeahnte Defizite auf. CDU/CSU und FDP versprechen trotzdem umfassende Steuerentlastungen.

Offensichtlich leidet die Kanzlerin unter Realitätsverlust bei ihren Ankündigungen über eine umfassende Steuerreform während der nächsten Legislaturperiode!

Die international verabredete Konjunkturpolitik und die verabredeten Anstrengungen zur Stabilisierung der Finanzmärkte auf dem G 20 Gipfel werden darüber entscheiden, ob der Anstieg der Massenarbeitslosigkeit auf 5 Mio. Menschen in Deutschland verhindert werden kann oder nicht.

Finanz- und Klimakrise zusammen denken

Die berechtigten Ängste vieler Menschen vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und damit ihres Erwerbseinkommens droht die voranschreitende Klimakrise aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen.

Der drohende Zusammenbruch der Finanzmärkte, schlingernde Großbanken und Weltkonzerne, die scheinbar vor dem Nichts stehen, bestimmen heute die Schlagzeilen.

Angesichts der Weltfinanzkrise wird der Klimaschutz plötzlich wieder zum Luxusthema. Diese kurzsichtige Politik wird die Weltgemeinschaft teuer zu stehen kommen, denn hinter den Kulissen beschleunigt sich der Verlust von Arten und Ökosystemen.

Was für den Marathonläufer die 42,195 Kilometer-Marke ist, ist für die Klimapolitiker der Wert von zwei Grad Celcius. Die Forscher des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung haben erstmals umfassend berechnet, wie der Ausstoß von Treibhausgasen gesenkt werden muss, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen. Weltweit müssen die Emissionen bis 2050 auf die Hälfte des Niveaus von 1990 sinken. Global betrachtet nimmt der CO₂-Ausstoß bisher stetig zu. Nur wenige Länder haben bisher ihre CO₂-Emissionen kontinuierlich senken können. Nach der Studie muss unbedingt vor 2020 das Jahr mit den weltweit meisten Emissionen liegen, damit die schrittweise Reduktion in den folgenden Jahren bis 2050 einigermaßen machbar für alle Erdteile ist.

(vgl. Tagesspiegel, 30.04.2009, „Alarm Treibhaus“)

Wenn der Raubbau an den Wäldern so weiter geht, ist bis 2050 Naturland von der Größe Australiens vernichtet. Kosten: 14 Billionen Euro. Das ist das BIP von ganz Europa.

Das Problem: Wir, in den reichen Industrieländern, verspüren die Kosten der Finanzkrise viel eher und stärker als die Kosten des Klimawandels. Der Verlust der Wälder trifft zuerst die Armen, er verschlimmert Armut und Hunger, verschärft den Wassermangel und lässt mehr Kinder sterben.

Deshalb geht es gerade in Zeiten der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise um globale Gerechtigkeit, Verantwortung gegenüber dem Planeten, um eine zukunftsfähige Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Schon der 2007er Report des britischen Ökonomen Lord Nicolas Stern hat die moralische oder ethische Dimension des Klimawandels in die Sprache der Ökonomie gebracht: Laut Bericht sind die Schäden des ungebremsten Klimawandels viel höher als vermutet bei 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BiP) und die Kosten der Verminderung von Emissionen sind umgekehrt mit nur 1 Prozent des BiP geringer als erwartet.

Das Konzept Grüne Marktwirtschaft

Hier liegt der Ansatzpunkt für die Grüne Marktwirtschaft, also für eine Marktwirtschaft ohne Klimakatastrophe. Die ökologische Herausforderung, vor der wir stehen, verlangt nach Rahmenbedingungen, die den Markt und seine Akteure zwingen, nach den besten ökologischen Lösungen zu suchen.

So erfordert die Menschheitsaufgabe des Klimaschutzes gravierende Veränderungen gegenüber dem bisherigen, ökologisch blinden Marktgeschehen, etwa wenn es darum geht, Investitionen in neue Kohlekraftwerke zu verhindern, Klima schonende Technologien marktfähig zu machen und ineffiziente Produkte vom Markt zu verdrängen.

Aber auch im Naturschutz und beim Erhalt der Biodiversität werden praktische Erfolge nur durch klare ordnungsrechtliche Vorgaben zu erreichen sein.

In einer Grünen Marktwirtschaft kann nur derjenige in der Zukunft bestehen, der Ressourcen sparend und schonend produziert und konsumiert. Den Rahmen setzt ein richtiger Mix aus Steuern, Grenzwerten und Verboten einerseits und Anreizen andererseits sowie indirekten Maßnahmen.

Beispiele für Letztere wären ein am Bedarf der Wohnung ausgerichteter Gebäudepass, der die VerbraucherInnen über den tatsächlichen ökologischen Wert einer Wohnung oder eines Hauses informiert, oder die Pflicht für Finanzdienstleister, AnlegerInnen über die ökologischen Wirkungen ihres Investments zu informieren.

Manche dieser Rahmensetzungen sind direkt in Preise verwandelbar - wie es bei den Emissionszertifikaten geschieht - und manche indirekt, wie zum Beispiel bei vom Staat gesetzten Verbrauchsobergrenzen für Autos oder dem Top-Runner-Ansatz für Elektrogeräte.

Es geht darum, Wettbewerb um den besten technischen Standard auszulösen und in einen dynamischen Prozess um Erneuerung und ökologische Optimierung einzutreten.

Die beispiellose grüne Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien zeigt das Muster der technologischen Innovationen: Der Ausstieg aus der Atomwirtschaft, die Ökosteuer und das Erneuerbare-Energien-Gesetz haben den Grundstein dafür gelegt, dass in Deutschland die erneuerbaren Energiequellen boomen.

So kann man mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben und viele neue Jobs schaffen. In einer McKinsey-Studie wird Deutschland bis 2020 850.000 neue Job-Möglichkeiten im Bereich „Energie – Energieeffizienz“ prognostiziert.

Bereits heute werden in Deutschland rd. 2,4 Billionen Euro in diesen Branchen erwirtschaftet. Zu den Branchen zählen Transport und Verkehr, Gebäudetechnik, energieintensive Industrien, Maschinen und Anlagenbau, Informationstechnologie und It-Dienste und die Energiewirtschaft selbst.

Nachhaltiges Wirtschaften ist keine Wachstumsbremse, sondern im Gegenteil ein grüner Motor für neue Jobs. Der Blaumann muss grün werden, um zukunftsfähig zu arbeiten. In der Anwendung umweltfreundlichen Technologien liegt die Zukunft, andere Wege sind Geldverschwendung und nehmen uns Zukunftschancen.

Lösung: Finanz- und Klimakrise- und wirtschaftliche Entwicklung müssen zusammen angepackt werden.

Finanz- und Klimakrise- und wirtschaftliche Entwicklung müssen deshalb

zusammen angepackt werden.

Ich bin dafür, dass der Staat in der Krise sinnvoll Geld in die Hand nimmt.

Jeder Euro muss aber für die nächsten Generationen nachhaltig in die ökologische Modernisierung investiert werden und sollte nicht für Steuergeschenke,

die die Verschuldung des Staates zusätzlich nach oben treibt, verschwendet werden. Der ökologische Strukturwandel schafft Arbeitsplätze und Klimaschutz zugleich. Selbst der Unternehmensberater Roland Berger hält 3 Millionen Öko-Jobs bis 2020 für realistisch.

Wir müssen die Krise als Chance nutzen endlich umzusteigen in ein ressourcen- und energiesparendes Wirtschaften! Wir könnten die Krise als Chance nutzen, um mit umweltfreundlichen Technologien Weltmarktführer zu werden oder diese Position auszubauen.

Dafür tut die Regierung viel zu wenig. Dass Steinbrück 3 Krisen benennt – Finanzmarktkrise, radikaler Einbruch bei der Autoindustrie, weltweite Rezession – zeigt, dass die Regierung nicht in der Lage ist, die Probleme im Ganzen anzugehen.

Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik verlangt ganzheitliches Denken.

Es reicht eben nicht aus, auf der Eisscholle zu stehen und über Klimaschutz zu schwadronieren – Angela Merkel hat es versäumt in Brüssel strengere Klima-Vorgaben für Autos durchzusetzen, stattdessen hat sie sich zur Lobbyistin für großformatige CO₂-Schleudern gemacht, die jetzt die größten Absatzprobleme haben.

Die Hilfen für die Autoindustrie wären der ideale Anknüpfungspunkt diese auf umweltfreundliche Produkte einzuschwören. Wir Grünen sind immer für den ökologisch innovativen Strukturwandel der Autoindustrie eingetreten.

Die Einführung neuer energieeffizienter Technologien erfordert hohen Kapitaleinsatz, der seitens des Staates mit Anschubsubventionen und Bürgschaftsgarantien unterstützt werden kann. Die Regierung verzichtet aber bei der Kfz-Steuerreform auf gezielten Erlass der Steuer für emissionsarme Fahrzeuge und mit der Abwrackprämie auf eine ökologische Lenkungswirkung. Die KFZ-Steuer ist immer noch an den Hubraum des Motors gekoppelt.

Sie belohnt sogar große Dieselfahrzeuge.

Null-Emissionsfahrzeuge bekommen keinen Bonus

Mit den Konjunkturpaketen I und II investieren Union und SPD 80 Milliarden Euro in Rezepte der 50er Jahre. Steuer- und Abgabensenkung verschlingen den größten Anteil und ökologisches Investieren der Städte und Kommunen in Kindertagesstätten, Schulen und Krankenhäuser den kleineren Anteil. Die Konjunkturpakete sind ein Sammelsurium und können keine große ökologische Rendite durch sinkende Betriebskosten erzeugen. Sie sind kleinteilig, zögerlich und diffus. Finanzschwache Kommunen haben es schwer überhaupt davon zu profitieren.

Und wie stellt die Regierung sich die Finanzierung vor?

FDP und CSU reden von einem Schuldenverbot – und verlangen gleichzeitig massive Steuersenkungen, das geht nicht zusammen.

Bund und Länder haben sich jetzt zwar auf eine Schuldenbremse geeinigt, aber diese ist leider wenig wirksam ausgestaltet.

Zum einen bedeutet die Einigung auf das Jahr 2020 eine Verschiebung auf den Sankt Nimmerleinstag für die Länder, und ob die Länder diese Bremse in ihre jeweiligen Verfassungen übernehmen ist völlig offen.

Union und SPD haben damit das Finanzrisiko für künftige Generationen vergrößert, ganz nach dem Motto: Nach uns die Sintflut! Das hat mit nachhaltiger Finanzpolitik nichts zu tun.

Was wir in den letzten Monaten erlebt haben, ist das Ergebnis weltweit fehlender politischer Rahmensetzung für funktionsfähige Finanzmärkte; das hat Gier und Spekulation Tür und Tor geöffnet.

Gigantische Mengen Geld, die niemand mehr nachvollziehen kann, wurden versenkt, täglich kommen neue Hiobsbotschaften dazu, wer noch lauter nach dem Staat ruft, von der Hypo Real Estate bis hin zur Frau Scheffler.

Jetzt wo die Katastrophe da ist, soll der Steuerbürger dafür bezahlen, während die Spekulanten ihre Gewinne längst eingefahren haben.

Es ist der Gipfel der Heuchelei, dass die FDP - aber auch Vertreter der Union -, die bisher den Staat völlig zurückdrängen wollten, jetzt plötzlich nach der Hilfe des Staates schreien.

Fakt ist aber, wir werden Rettungspakete brauchen. Die Politik darf sich nicht entziehen wenn es um die Rettung der Arbeitsplätze und der Unternehmensstandorte geht. Das Privatvermögen der HRE-Großaktionäre oder der Familie Schaeffler muss der Staat allerdings nicht retten. Wir fordern maximale Gegenleistung für die Staatshilfe. Das hat offenbar auch Frau Schaeffler erkannt.

Schaeffler retten oder nicht

Am Rosenmontag gab es völlig neue Bilder von Maria-Elisabeth Schaeffler in Frankfurt. Mit rotem Schaal unterzeichnete Sie mit IG – Metall Chef Berthold Huber eine Übereinkunft nach der in dem Familienkonzern die Unternehmensmitbestimmung eingeführt wird, und den Mitarbeitern aus den Unternehmensanteilen der Familie Schaeffler eine Mitarbeiterbeteiligung an dem Unternehmen eingeräumt werden soll. Im Gegenzug sichert die IG Metall ihre politische Unterstützung bei dem Ringen um Staatshilfen an.

In der Not gibt es Zugeständnisse fürs unternehmerische Überleben. Außerdem kündigte Frau Schaeffler an, nach externen Investoren zu

suchen, um die vorhandene Eigenkapitallücke von 5 bis 6 Mrd. Euro schließen zu können. Die Familie Schaeffler kündigte an, sich von Unternehmensanteilen zu trennen um diese Eigenkapitallücke schließen zu können.

Dieser Entschluss ist sehr zu begrüßen. Die riskanten Kapitalmarktentscheidungen der Schaeffler Gruppe zum Aufkauf eines viel größeren börsennotierten Unternehmens müssen zu Lasten des Privatvermögens der Familie Schaeffler gehen, bevor der Staat Überbrückungshilfen zur Rettung von Arbeitsplätzen einsetzt.

Es war ja praktisch eine feindliche Übernahme mit unabsehbaren Folgen durch die aufziehende Finanzmarktkrise. Schaeffler hat die nachfolgenden Kurseinbrüchen an den Aktienmärkten und auch den Einsturz des Autoabsatzes nicht erwartet. Bei diesen schlechten wirtschaftlichen Umfeldbedingungen werden jetzt die 22 Mrd. Euro Schulden zu einer erdrückenden Zinslast. Kurz gesagt: Schaeffler hat sich verspekuliert!

Grundsätzlich macht die Staatshilfe aber Sinn, denn aus unternehmensstrategischer Sicht ist die Übernahme von Continental durch Schaeffler zukunftsweisend, weil so das Know How für Elektromotoren, Hybridantriebe und vieles mehr erschlossen werden sollte. Der überlegte Schachzug, Know How für Mechanik und Elektronik durch die Fusion von Schaeffler und Conti zusammenzuführen, war sicher richtig. Das bedeutet, der Staat hilft hier nicht einem Auslaufmodell, sondern hier geht es um zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Der Verlust von Privatvermögen der Familie Schaeffler ist kein politisch relevantes Problem, sondern die Betriebsfortführung mit mög-

lichst keinem Verlust an Arbeitsplätzen. In einer Marktwirtschaft muss das unternehmerische Risiko von Privaten getragen werden. Wo kommen wir denn hin, wenn der Staat zum Retter privaten Vermögens wird. Verluste sozialisieren und Gewinne privatisieren, dazu darf sich die Politik nicht hergeben.

Finanzmärkte strenger regulieren – Managerhaftung verbessern

Auch für die Finanzwelt darf es die staatliche Hilfe nicht zum Nulltarif geben!!! Was aber macht die Bundesregierung? Sie spannt den Rettungsschirm auf, ohne verbindliche Regeln festzulegen.

- Wir sind dafür, dass Hedgefonds massiv kontrolliert werden!
- Banken sollen Kredite nicht mehr vollständig umverpacken und weiterverkaufen dürfen, sondern müssen einen Teil des Risikos in den eigenen Geschäftsbüchern behalten (EU 5 Prozent, höhere Quote besser z.B. 15%)
- Die kurzfristigen Boni haben wie „Brandbeschleuniger“ gewirkt. Wir meinen, dass Manager auch persönlich haften sollen – Managervergütungen müssen langfristig ausgerichtet sein!
- Und wir wollen, dass den Steueroasen endlich der Geldhahn zugedreht wird!

Deutsche Banken sind nach wie vor mit 114 Milliarden Dollar in der Steueroase Cayman-Islands und mit 52 Milliarden auf Jersey vertreten! Das ist ein unerträglicher Skandal!

Wohlstand der Zukunft

Wir Grüne wollen mit Zukunftsinvestitionen soziale Gerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Chancengleichheit zugleich verwirklichen.

chen.

- Soziale Gerechtigkeit heißt: Kleine Einkommen müssen gezielt entlastet werden – breitere Schultern können schwere Lasten tragen,

- Generationengerechtigkeit heißt: wir dürfen nicht heute auf Kosten unserer Kinder leben – das betrifft die öffentliche Verschuldung genauso wie den Raubbau an der Natur,

- Chancengleichheit heißt: wir wollen bessere Zugänge zu guter Bildung für alle, wir wollen kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk stärken

Die Politik kann hierfür die richtigen Gesetze auf den Weg bringen, die nachhaltiges Wirtschaften fördern – akzeptieren und umsetzen müssen es die Leute vor Ort: Bürgermeister, Naturschützer, Verbraucher und Unternehmer. Sonst geht das nicht!

Wir können die Natur nicht länger zum Nulltarif ausbeuten, sondern müssen einkalkulieren, wie unser Handeln auf die Natur zurückwirkt.

Die Art wie wir heute wirtschaften und konsumieren geht immer noch von einer stetig steigenden Gütermenge aus – das ist es worunter wir Wohlstand verstehen.

Das Wohlstandskonzept der Zukunft muss neben Waren und Dienstleistungen auch den Menschen und die Natur als Kapital begreifen.

Damit wir den ökologischen Strukturwandel bewältigen können, ist es notwendig, dass jede Bürgerin und jeder Bürger gerechte Chancen auf gute Bildung und Ausbildung hat. Wir brauchen genügend qualifizierte Fachkräfte.

Nur so können wir im internationalen Wettbewerb bestehen. Es muss stärker in die Köpfe investiert werden.

Eine zentrale Rolle für die Bewältigung des Wandels werden die Unternehmen spielen. Nach meiner Erfahrung arbeiten in kleinen und mittleren Unternehmen die interessantesten Ansprechpartner für zukunftsfähige Technologien. Diesen Leuten ist ganz klar, dass die ökologischen Märkte ihre Märkte von morgen sind. Der Gedanke setzt sich langsam durch, dass man mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben kann.

Auch in Gesprächen mit Handwerkerinnen und Handwerkern stelle ich immer wieder fest, dass Umweltschutz auch in deren Interesse ist – z.B. bei der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes. Auch das zeigt: Klimaschutz und Arbeitsplätze gehören zusammen – nur beides gemeinsam öffnet den Weg in die Zukunft!

Es darf zu keinem rückwärts in die Klientelpolitik der Industriegesellschaft kommen. Die ökologische Modernisierung verlangt Richtungsentscheidungen. Schwarz-Gelb bedeutet Wiedereinstieg in die Atomkraft und Neubau von Kohlekraftwerken. Das wäre der umweltpolitische Super-Gau. Die unsäglichen Vorgänge um das Atommülllager Asse sind ein Warnzeichen, wie die schwarz-gelbe Atompolitik weiter gehen würde, und dass die Steuerzahler im Endeffekt milliardenschwere Folgekosten unverantwortlichen Wirtschaftens bezahlen müssen.

Die Bundesregierung hat es den Energie-Konzernen sogar abgenommen dafür zu zahlen, dass sie hier ihren Atommüll in unverantwortlicher Weise abgekippt haben.

Wir Grünen haben ganzheitliche Konzepte für eine gute Zukunft,

statt Einzelinteressen zu bedienen - das gibt uns die nötige Überzeugungskraft und daraus schöpfen wir unser Selbstbewusstsein für die nächste Bundestagswahl.